

Interview:

Rettung der indischen Wirtschaft

Das 'Center of Indian Trade Unions' (CITU) hat sich seit seiner Gründung 1970 zu einem der wichtigsten zentralen Gewerkschaftsverbände entwickelt. Mit seinen 2,45 Millionen Mitgliedern bildet CITU eine bedeutende Opposition gegen die neue Wirtschaftspolitik (NEP) der Regierung Narasimha Raos. Nachfolgend Auszüge aus einem Interview, das der Generalsekretär der CITU, M.K. Pandhe, dem Magazin 'Frontline' gegeben hat.

Die neue Wirtschaftspolitik wurde im Juli 1991 initiiert - seitdem sind mehr als zwei Jahre vergangen. Wie würden sie ganz allgemein ihre Auswirkungen einschätzen? Zunächst auf verschiedene Bevölkerungsgruppen, dann auf die Industrie und hier besonders auf die Kapitalgüterproduktion. Und wie hat sich diese Wirtschaftspolitik auf unseren Außenhandel und die Handelsbilanz ausgewirkt?

Lassen sie uns mit den Auswirkungen auf die Industrie beginnen. Selbst Unternehmer kommen heute zu dem Schluß, daß die Liberalisierungspolitik zu einer Verlangsamung des industriellen Wachstums geführt hat. Im ersten Jahr der neuen Wirtschaftspolitik ging die Automobilproduktion um 14 Prozent zurück. Auch in den Bereichen Maschinenbau und der Textilindustrie sank die Produktion. Hier zeigen sich deutliche Produktionsrückgänge in Industrien, die auf Importe angewiesen sind.

Ein anderer Aspekt der Liberalisierungsmaßnahmen, der bisher kaum richtig analysiert worden ist, ist die ungleiche räumliche Verteilung neuer Investitionen. Man braucht jetzt keine Lizenzen mehr, um eine Fabrik zu eröffnen und kann dies ohne Einschränkung überall in Indien tun. Nach Berechnungen des Industrieministeriums sind 39 Prozent der Gesamtinvestitionen der letzten zwei Jahre in Westindien getätigt worden, 26 Prozent in Nordindien, 19 Prozent in Südindien und nur 15 Prozent im östlichen Indien. Hier zeigt sich, daß die Liberalisierung die ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Wachstumsraten innerhalb des Landes verstärkt hat.

Im gleichen Bericht weist das Ministerium darauf hin, daß ein großer Teil der Investitionen in Hafenanlagen investiert wird. Das heißt, auch im westlichen Indien konzentriert sich aufgrund der zunehmenden Außenorientierung der Wirtschaft die wirtschaftliche Entwicklung vor allem auf die Umgebung von Hafenstädten.

Auch werden in vielen Industriezweigen, wie zum Beispiel in der Motorrad- und Motorrollerproduktion, so große Investitionen getätigt, daß es zu Überkapazitäten kommt. Dies führt zu der Frage, ob die großen Ressourcen unseres Landes auch wirklich effektiv genutzt werden. Zuviel Geld wird in vielversprechende Märkte investiert und wird dann nicht richtig genutzt.

Und dieser Trend wurde möglicherweise noch verstärkt durch die Erleichterung von Importen....

Ja natürlich. Eine andere Auswirkung dieser Politik ist die wachsende Zahl sogenannter 'kranker' Unternehmen, was auf die Zunahme der Importe zurückzuführen ist. Wir waren gewohnt, von 240.000 'kranken' Betrieben zu sprechen, heute geht selbst die Regierung von über 400.000 aus.

Der Ökonom Sudipto Mundle, der im Auftrag der ILO eine Studie über die Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auf die Beschäftigtenzahlen erstellt hat, kommt zu dem Schluß, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre mit zehn Millionen zusätzlichen Arbeitslosen gerechnet werden muß.

Indien ist das einzige Land, so zwei Ökonomen der Weltbank, das in Zeiten einer Rezession Importschranken beseitigt und Exporte erschwert hat. Dies wird deutlich am Beispiel der Stahlindustrie. Es gibt keinen Markt für Stahl und die Lagerquellen über. Der

Grund? Die Regierung hat die Importzölle für Stahl gesenkt und die indirekten Steuern für indischen Stahl erhöht, um, wie sie sagt, den Wettbewerb mit ausländischen Stahlprodukten zu fördern. Doch wie können indische Stahlproduzenten international konkurrieren, wenn zum Beispiel die deutsche Regierung jede Tonne Stahl, die wir aus Deutschland importieren, mit 100 US-Dollar subventioniert? Ein japanischer Unternehmer verkauft Stahl in Indien zu einem Preis, der 30 Prozent unter dem Marktpreis in Japan liegt.

Es scheint, daß der Öffentliche Sektor die Hauptlast dieser Wirtschaftspolitik zu tragen hat. Können sie mehr über die Auswirkungen auf diesen Bereich sagen?

Ich kann eine Reihe von Beispielen nennen, in denen die Regierung sich entschlossen hat, den öffentlichen Sektor sehr hart zu treffen. 'Bharat Heavy Electrical Limited' (BHEL) hat die Kapazität, Ausrüstungen für Wärme- und Wasserkraftwerke zur Produktion von insgesamt 30.000 Megawatt zu produzieren. Bei einem landesweiten Bedarf von 35.000 Megawatt hat das Unternehmen jedoch nur Aufträge für 10.000 Megawatt erhalten. Alle anderen Aufträge wurden an internationale Konzerne vergeben. Wenn die Weltbank heute Hilfe für Wärmekraftwerke in Aussicht stellt, dann macht sie zur Bedingung, daß ausländische Unternehmen an dem Projekt beteiligt werden. Vor kurzem haben BHEL und Siemens gemeinsam ein Angebot für ein Kraftwerksprojekt eingereicht. Die Regierung Indiens jedoch gab den Auftrag allein an Siemens. Auf diese Weise umgeht die Regierung ihre eigenen Unternehmen.

Durch den Verkauf von Anteilen an öffentlichen Unternehmen hat die Regierung einen Verlust von 34 Milliarden Rupien gemacht, weil sie die Anteile weit unter Wert verkauft hat.

'Bharat Electronics Limited' wollte schon vor fünf Jahren die Produktion von Farbfernsehgeräten aufnehmen und hat dazu niemals die Genehmigung erhalten, obwohl das Unternehmen über alle notwendigen Kapazitäten verfügt. Stattdessen werden Fernsehgeräte und Einzelteile aus dem Ausland importiert.

Oder nehmen wir das Beispiel der 'Indian Telephone Industries' (ITI). Das Unternehmen stellt alle Einzelteile selber her. Doch die privaten Telefonhersteller beziehen alle Bauteile aus dem Ausland und setzen sie dann in Indien nur noch zusammen. Und sie zahlen ihren Arbeitern Minimallöhne, die nur ein Viertel der von ITI gezahlten Löhne entsprechen. Die Regierung erlaubt dies. Sie erlaubt den Privaten, extrem niedrige Gehälter zu zahlen und mit den öffentlichen Unternehmen zu konkurrieren.

Wenn multinationale Konzerne Technologien nach Indien bringen, über die wir noch nicht verfügen, ist da nichts gegen einzuwenden. Doch sie bringen Technologien, über die wir selber verfügen. Dies trifft die indische Kapitalgüterindustrie sehr hart und das ist einer der Gründe, warum wir ausländisches Kapital nicht nach Indien lassen wollen.

Auch Privatunternehmen wie Birlas 'Texmaco' sind von der neuen Politik betroffen und in vielen Bereichen kommt es zu Unternehmensaufkäufen oder -zusammenschlüssen, wie zum Beispiel der Zusammenschluß von 'Tata Oil' und 'Hindustan Lever'.

Für unsere großen Industriellen steht fest, daß sie sich mit multina-

tionalen Unternehmen zusammenschließen müssen, um zu überleben. Ein gutes Beispiel ist Pepsi-Cola. Zwei bis drei Jahre nach der Produktionsaufnahme in Indien hat Pepsi etwa 30 Prozent des indischen Marktes erobert. Wie sollen die einheimischen Parle-Produkte damit konkurrieren, wenn allein Pepsis Werbeetat größer ist als die Gesamtinvestitionen bei Parle. So schließt sich Parle mit Coca-Cola zusammen, um mit Pepsi-Cola konkurrieren zu können (siehe dazu auch Beitrag in dieser Ausgabe, d.Red.).

In den vergangenen Jahren haben Gewerkschaften mehrfach gegen diese Wirtschaftspolitik protestiert. Unter den organisierten Arbeitern und den Beschäftigten mittlerer Einkommenschichten, gibt es eine gewisse Resonanz auf solche Streikaufrufe. Doch darüber hinaus scheint kaum jemand von dieser Frage berührt zu sein. Liegt das möglicherweise daran, daß die Gewerkschaftsbewegung die meisten Menschen nicht erreicht?

An dem Generalstreik im September beteiligten sich auch eine Reihe von Mitgliedsgewerkschaften des INTUC ('Congreß'-naher Gewerkschaftsverband, d.Red.) und des BMS (BJP-nahe Arbeiterorganisation, d.Red.), obwohl sowohl die BJP als auch die 'Congreß'-Partei zu einem Boykott des Streiks aufgerufen hatten. Doch insgeheim sind diese Verbände gegen die neue Politik. Sie haben den Streik aus politischen Erwägungen heraus nicht unterstützt.

Warum entwickelt sich eine solche Opposition nicht im ländlichen Raum?

Die Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung sind wesentlich schwerwiegender als auf Industriearbeiter. Die Planungskommission hat festgestellt, daß die Realeinkommen der in der Landwirtschaft Tätigen in den letzten zehn Jahren um mehr als 40 Prozent gesunken sind. Trotz dieses Rückgangs sind die landwirtschaftlichen Arbeiter kaum organisiert. Es ist absolut notwendig für die Gewerkschaftsbewegung, sich auch den Problemen ländlicher Arbeiter und der ländlichen Bevölkerung im allgemeinen zu widmen. Wir müssen soziale Bewegungen im ländlichen Raum unterstützen und versuchen, das Bewußtsein der ländlichen Massen zu wecken.

Wie steht es um die Organisation von unorganisierten Arbeitern, von Gelegenheits- und 'Contract'-Arbeitern?

CITU hat in dieser Hinsicht einiges unternommen. Doch angesichts des Umfangs dieses Sektors sind unsere Bemühungen eher symbolischer Natur. So sind heute 85 Prozent aller Arbeitskräfte im unorganisierten Sektor beschäftigt. Die organisierten Arbeitskräfte umfassen nur einen ganz geringen Teil aller Beschäftigten.

(Übersetzung: Theo Ebberts)

Kaschmir: Zeit zur Umkehr

von Gautam Navlakha

Die Belagerung der Hazratbal-Moschee hat mehr internationale Aufmerksamkeit erregt, als der Regierung in Delhi lieb sein kann. Die neue US-Politik unter Bill Clinton, britische Parlamentarier, Menschenrechtsorganisationen, die Organisation Islamischer Staaten und das europäische Parlament nehmen immer häufiger zu Indiens Kaschmirpolitik Stellung und sorgen so für eine Internationalisierung des Problems. Und wirklich bedrohlich erscheint den Verantwortlichen in Delhi, daß Kaschmir noch in diesem Jahr zum Thema im Weltsicherheitsrat werden könnte. Gautam Navlakha nimmt die aktuellen Ereignisse und Äußerungen US-amerikanischer Politiker zum Anlaß, die indische Regierung zu einem Überdenken ihrer Kaschmirpolitik aufzufordern. Der Artikel erschien noch vor Beendigung der Hazratbal-Krise in der Zeitschrift 'Economic and Political Weekly' (Bombay) und wurde von Theo Ebberts übersetzt und bearbeitet.

Unsere politische Elite hat die Tendenz, zwischen Fremdenhaß und -liebe hin und her zu schwanken. Dies wird deutlich an der Reaktion auf die Rede Bill Clintons vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der er von 'blutigen ethnischen und religiösen sowie Bürgerkriegen' sprach, die von 'Angola über den Kaukasus bis nach Kaschmir' wüteten. Von Regierungsvertretern und Kommentatoren wurde diese Bemerkung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens verurteilt. Doch bis vor kurzem hat unser politisches Establishment noch versucht, in einer internationalen Kampagne über pan-islamischen Fundamentalismus und Pakistans Stellvertreterkrieg gegen Indien in Kaschmir, Pakistan auf die Liste terroristischer Staaten zu setzen. Die Weigerung der USA, dieser Forderung

nachzukommen, wurde als Abfuhr gewertet. Und in einer zynischen Zurschaustellung patriotischer Gefühle schlossen sich Mitglieder der kommunistischen Partei (CPI/M), der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), der 'Janata Dal' und des 'Congreß' zusammen, um eine Parlamentariengruppe zusammenzustellen, die vor der UN-Vollversammlung Kaschmir als integralen Teil Indiens verteidigen und Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen zurückweisen sollte.

Unser ungeschicktes Umgehen mit dem Problem hat unsere Handlungsmöglichkeiten darauf reduziert, trilaterale Gespräche zwischen Indien, Pakistan und der Bevölkerung Kaschmirs zu initiieren oder eben hierzu unter Aufsicht des UN-Sicherheitsrates gezwungen zu werden.

Indiens Propaganda

Die Kampagne Indiens in Europa und den USA konzentrierte sich auf das Leiden der Hindubevölkerung des Kaschmirs und die Agressivität pakistanisch-inspirierten islamischen Fundamentalismus. Wiederholt wurde dabei mit verschiedenen 'Hindutva'-Organisationen (religiös-nationale Gruppen) zusammengearbeitet, die eine Heimat für die 'Pandits' Kaschmirs fordern. Doch ist diese Strategie kurzsichtig. Durch die Herausstellung religiöser Identitäten und die Charakterisierung des Konflikts als 'kommunalistisch', fördert die Regierung nicht nur die Haßkampagne der hindu-chauvinistischen Gruppierungen, sondern bestätigt ungewollt die eigene Rolle als Verteidigerin einer 'hinduisierten' Politik. Für jeden aufgeschlossenen